

Lehren für uns besser ziehen!

Gemeinsame theoretische Beratung der gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen: Erfolge und Schwächen

Zur gemeinsamen theoretischen Beratung aller gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen über Probleme des XXI. Parteitages der KPdSU hatte das Prorektorat für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium eingeladen. Sie fand am 10. April im Ratsplenum statt.

Im Mittelpunkt standen vier Referate: „Die beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaft“, „Die Annäherung der beiden Eigentumsformen beim Aufbau des Kommunismus“, „Die Rolle des Staates beim Aufbau des Kommunismus“ und „Die wachsende Rolle der Partei und der Massenorganisationen beim Aufbau des Kommunismus“.

In der Deutschen Demokratischen Republik wird der Aufbau des Sozialismus seit dem Siege entgegengeführt. Unter dem Gesichtspunkt der Auswertung des XXI. Parteitages für unsere Aufgaben stellte Genosse Prof. Dr. Schleifstein (Philosophisches Institut) im ersten Referat fest, daß das Gemeinsame in den beiden Phasen vorrangig gegenüber ihren Unterschieden zu betrachten sei. Es liegen grundsätzlich gleichartige Produktionsverhältnisse vor, in beiden Phasen wirkt dasselbe Grundgesetz, die Produktionsmittel werden von den Produzenten geleitet.

Nutzen für die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus folgerichtigerweise.

Genosse Dr. Krüger (Juristenfakultät) sprach zum dritten Thema. U. E. liegt sich der Referent ein unvoreilhaftes Beschränkung der Problematik auf, indem er die äußere Problematik des Sozialismus als von selbst verständlich voraussetzte und die „innere Problematik“ zu einem Hauptgegenstand machte. So wenig dies an sich falsch ist, so mußte doch unter der genannten Prämisse die „innere Problematik“ in ihrem Wesensgehalt zu kurz kommen. Sind doch gerade äußere Bedin-

die es aber niemals in der Klassenpraxis gab und gibt, sondern doch nur in den Köpfen der bürgerlichen Ideologen.

Auch Genosse Dr. Krüger deckte interessante Zusammenhänge zwischen Staat und gesellschaftlichen Organisationen auf, er wies auch den jugoslawischen Revisionismus in Fragen des Staates partiell zurück, nur eben, hätten alle Darlegungen an Aussagekraft und Aktualitätsbeziehung zu unserer Aufbaupraxis, (denn die sowjetische Demokratie ist der unseren doch historisch voraus) an Wert gewonnen ohne die genannte Selbsteinschränkung.

Zum letzten Referat ist insofern wenig zu sagen, als Genosse Assistent Heier (FMI) über die wachsende Rolle der Partei Bekanntes und Richtiges vorzutragen. Aber es war eben, nur eine Aneinanderreihung von Erkenntnissen, wobei außerdem gerade (zu Thema) die wachsende Rolle nicht entsprechend zum Ausdruck kam. Verbunden mit dem Fehlen von Problemgehalten fehlte ferner die Auseinandersetzung mit antionionistischen Auffassungen. Aus all dem resultierte auch eine recht unpersonliche distanzierte Vortragweise. In der kurzen aber sehr kritischen Diskussion wurde zwar die Mitverantwortung der erfahrenen Genossen des Franz-Mehring-Instituts nicht vorrangig gestellt, aber sie ist doch wohl berechtigt, wenn ein junger Genosse ein bedeutendes wissenschaftlerkollektiv vertreten sollte.

Zur Antwort auf die Frage, ob die Konferenzen ihr Anliegen voll erfüllen könnten, sprach Genosse Prof. Dr. Spitz in der Diskussion einen kritischen Beitrag. Er sprach das aus, was ihr zum vollen Gelingen schaffe, und was besonders in den letzten beiden Referaten zu bemerken war: Man muß den Feind zeigen, und vom Feind sprechen, zumal wir dort leben, wo man für „20 Pfennig in den Imperialismus fahren kann“, und er rediertere seine Kritik mit anschaulichen Tatsachen aus seinen eigenen Klassenkampfserfahrungen.

Ein bedeutsames Ergebnis der Konferenz muß noch vermerkt werden: Auf Vorschlag von Genossen Prof. Schleifstein wurde beschlossen, innerhalb der gesellschaftlichen Fachrichtungen Arbeitsgemeinschaften für folgende Aufgaben schnellstens zu bilden: 1. als Beitrag zur Bändigung des deutschen militaristischen Imperialismus Studien seiner Ökonomie, Politik und Ideologie auszuarbeiten, 2. die Gesamtmöglichkeiten unseres sozialistischen Aufbaus und seine Besonderheiten zu untersuchen und 3. konkrete Forderungen verschiedener gesellschaftlicher Fachrichtungen in einem Leipziger VEB o. e. an der LPG anzustellen.

H. Willmann

Zum 73. Geburtstag Ernst Thälmanns

1928 im roten Leningrad

Von Oleg Weizman und Wolfgang Volgt, Shdanow-Universität Leningrad



Ein seltenes Foto: Ernst Thälmann 1928 im Kirov-Werk

Ernst Thälmann besuchte die Sowjetunion zum ersten Male im Jahre 1921. Als Teilnehmer des III. Weltkongresses der Komintern hörte er hier die Stimme Lenins und war von seiner Rede tief beeindruckt. In den folgenden Jahren wollte er in Moskau, Leningrad und Kiew, besuchte Fabriken, Kollektivwirtschaften und Truppenteile.

Im Jahre 1928 fand in Moskau der VI. Kongreß der Komintern statt. Im Anschluß daran fuhr am 8. September eine ausländische Arbeiterdelegation nach Leningrad. Die von Ernst Thälmann und Marcel Cachin geleitete Delegation wurde auf dem Bahnsteig von vielen hundert Arbeitern begeistert empfangen, die Thälmann mit folgenden Worten begrüßte:

„Wir sind stolz auf diesen Empfang des Proletariats, das als erstes seine Bourgeoisie gestürzt und die rote Fahne des Sozialismus erhoben hat. Ich bin fest überzeugt, das Weltproletariat wird das Vermächtnis von Iljitsch erfüllen

und die Macht der Kapitalisten stürzen. Wir grüßen das siegreiche Proletariat der Stadt Leningrad!“

Am gleichen Tag besichtigten die Gäste den Smolny, das Werk „Krasny Putilow“ (das heutige Kirov-Werk) und die Fabriken „Krasnoje Soamja“ und „Chaiturin“. Thälmann kam mit den deutschen und chinesischen Delegierten erst nach Arbeitsschluß im Putilowwerk an, und deshalb wurde die Kundgebung auf den nächsten Besuch festgelegt. Die Delegierten besichtigten verschiedene Abteilungen und unterhielten sich freundschaftlich mit einzelnen Arbeitern.

Am folgenden Tag erschien in der Leningrader Prawda ein Brief Ernst Thälmanns, in dem er den Werktätigen Leningrads im Auftrag der KPD und des Roten Frontkämpferbundes die „revolutionärsten und kameradschaftlichsten Grüße“ übermittelte.¹⁾

Am 6. September besuchte Thälmann mit den deutschen, chinesischen und kanadischen Delegierten die Fabrik „Krasny Treugolnik“, wo sich Hunderte von Arbeitern zur Begrüßung der Gäste versammelt hatten. Nach den Reden Thälmanns und der Vertreter der anderen Delegationen sprach die Arbeiterin Schustowa und überreichte jedem der Delegationsmitglieder eine rote Rose.

Am gleichen Tag traf sich Ernst Thälmann mit den Werktätigen des Stadtbezirks Wassili-Insel und der Wyborger Seite. Er sprach in der Kriegsmarinenschule vor den Werktätigen der Wassili-Insel, die seine Abschlussworte: „Es lebe das rote Leningrad!“ begeistert aufnahmen. Am Abend hielt Ernst Thälmann eine Rede im Kulturhaus „Wyborger Seite“, in welcher er unter anderem sagte:

„Wir haben Fabriken und Werke Moskaus und Leningrads besucht und uns davon überzeugt, wieviel ihr schon erreicht habt. Eure Erfolge versetzen die Weltbourgeoisie in Wut, die sich bemüht, um euch einen eisernen Ring des Krieges zu schmieden. Aber das Weltproletariat wird es nicht zulassen, daß man die Sowjetrepublik zerschlägt, es wird den imperialistischen Krieg unbedingt in einen Bürgerkrieg verwandeln. Dafür habt ihr, die Proletarier von Petrograd, im Jahre 1917 der ganzen Welt ein glänzendes Beispiel gegeben. Eurem Beispiel werden wir nachzueifern.“²⁾

Breitschultrig, mit weit geöffnetem Hemdkragen stand Thälmann auf der Bühne und unterstrich seine Worte durch Gesten: Bald schlug er mit der rechten Hand zu wie ein Kavallerist, bald mit der Linken. Die Leningrader Prawda schreibt über den Eindruck seiner Rede: „Man merkt, daß er ein roter Frontkämpfer ist.“

Über die Aufgaben, die der VI. Weltkongreß der Komintern den Werktätigen der ganzen Welt stellte, sagte Thälmann:

„Der Kongreß hat allen kommunistischen Parteien die Aufgabe gestellt, die UdSSR, die stählerne Bastion der Revolution, zu verteidigen. Das beste Beispiel für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg wird für uns das rote Leningrad sein, das im Jahre 1917 die Bourgeoisie gestürzt und das Banner der Sowjets aufgezogen hat.“³⁾

1) „Krasnaja gaseta“ 6. 9. 28.

2) „Leningradskaja prawda“, 6. 9. 28.

3) „Krasnaja gaseta“, 7. 9. 28.

4) „Leningradskaja prawda“, 7. 9. 28.

(Fortsetzung folgt)

Konferenz zu Problemen Afrikas

Eine wissenschaftliche Arbeitstagung über neuere und neueste Geschichte Afrikas findet am 17. und 18. April an unserer Universität statt. Zahlreiche in- und ausländische Wissenschaftler haben bereits ihre Teilnahme zugesagt oder schriftliche Beiträge eingereicht. Unter anderem sind Referate und Diskussionsbeiträge von Prof. Dr. Walter Markov (Leipzig), Prof. agrégé Jean Suret-Canales (Cenakry), Prof. agrégé Jacques Janvier (Dakar) und Prof. Dr. h. c. W. E. B. Du Bois (New York) vorgesehen. Die Konferenz wird erneut die Unterstützung der DDR für die um ihre Freiheit ringenden Völker Afrikas unterstützen.

Universitätszeitung, 16. 4. 1959, Seite 3

Den Geburtshelfern der neuen Welt gewidmet

Ausstellung zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Internationale im FMI

Im März jährte sich zum 40. Male die Gründung der III., der Kommunistischen Internationale. Die III. Internationale wurde unter den Bedingungen der neuen Epoche geschaffen, die mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland begonnen hatte und die Epoche des Zusammenbruchs des Kapitalismus und des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus ist.

Der Gründung der Kommunistischen Internationale ging eine lange Periode des Kampfes der von Lenin geführten Partei der Bolschewiki gegen die Reformisten und Zentristen der II. Internationale, für den Zusammenschluß aller linken Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung voraus. Die neue, proletarische Internationale wurde auf Initiative und unter Anleitung Lenins geschaffen. In Gestalt des Leninismus besaß die neue Internationale ihre ideologischen, organisatorischen und faktischen Grundlagen. Lenin war es auch,

der in den ersten Jahren des Bestehens der Kommunistischen Internationale den einzelnen kommunistischen Parteien durch seine Werke, Artikel, Briefe und durch seine Reden und Hinweise auf den Weltkongressen half.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hatte die führende Rolle in der Kommunistischen Internationale, denn als sie die Partei mit der revolutionärsten Vergangenheit, mit den größten Erfahrungen im Kampf um die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und sie leistete durch ihren Kampf den wesentlichsten Beitrag bei der Einleitung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Dieser führenden Rolle ist die Partei Lenins stets gerecht geworden, und auch heute geht die Kommunistische Partei der Sowjetunion beim vollendeten Aufbau des Kommunismus allen anderen marxistisch-leninistischen Parteien als Wegbereiter voraus.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Grün-

dung der Kommunistischen Internationale hat die Abteilung Internationale Arbeiterbewegung des Franz-Mehring-Instituts im Institut (Nikolaikirehof 4a, IV. Stock) eine Ausstellung zum Thema „40 Jahre Kommunistische Internationale“ aufgestellt.

Die Ausstellung zeigt an Hand von vielfältigem Bildmaterial und Dokumenten einige Stadien der 35jährigen Geschichte (1919 bis 1949) dieser internationalen Organisation der Arbeiterklasse. Die Ausstellung bringt u. a. auch Bilder führender Persönlichkeiten der Internationale und auch Bilder der deutschen Genossen, die in den Leitungsgremien der Kommunistischen Internationale mitarbeiteten. Zum Teil sind die zeitigen Aufnahmen – z. B. das Präsidium des I. Weltkongresses – b. a. her noch wenig bekannt. Am Schluß der kleinen Ausstellung wird auf die weitere Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskauer Beratungen) verwiesen. Eine Weltkarte veranschaulicht die Stärke der internationalen kommunistischen Bewegung, die heute über 33 Millionen Menschen in 83 Ländern der Erde umfaßt.

C. Anders

... um den Militarismus zu bändigen

Zur Broschüre von Prof. Dr. Rudolf Arzinger „Warum Friedensvertrag?“

Sofern heißt es: „Die volle Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands ist jedoch nur möglich, wenn dabei den geschichtlichen Erfahrungen mit dem aggressiven deutschen Militarismus Rechnung getragen wird, wenn die Wiederherstellung der Souveränität mit der Bändigung des deutschen Militarismus verbunden wird, damit die künftige deutsche Souveränität in ganz Deutschland wirkliche Souveränität des deutschen Volkes sein kann und nicht eine „Souveränität“ des deutschen Militarismus wird, der sie nach allen historischen Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart in Westdeutschland nur zur Vorbereitung von Aggressionen, zu Angriffen auf die souveränen Rechte anderer Völker mißbrauchen würde.“ (S. 23)

Dieser Gedanken ausführend, erläutert der Verfasser, welche große Bedeutung für die Souveränität unseres Volkes solche Bestimmungen haben wie das in Artikel 27 des Entwurfs ausgesprochene Verbot für Kriegsverbrecher des zweiten Weltkrieges, die den künftigen nationalen deutschen Streitkräften nicht angehören dürfen, oder das gemäß Artikel 28 für Deutschland vorgesehene Verbot des Besitzes, der Erprobung und der Produktion von Kernwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungsmitteln, von Bombenflugzeugen, Raketen und Unterseebooten. Er zeigt, daß nur ein sehr enger Kreis atomkriegswilliger NATO-Strategen diese Bestimmung als drückend empfunden, während die Mehrheit unseres Volkes und die Öffentlichkeit vieler Länder diesen Vorschlägen energisch zustimmt. Prof. Dr. Arzinger stellt fest, daß die Souveränität jedes Staates in den souveränen Rechten aller anderen Staaten ihre Grenze findet, daß „die Ausübung jeder staatlichen Souveränität ... im gegenseitigen Völkerrecht dem Prinzip der Erhaltung des Friedens untergeordnet“ ist. Hieraus folgend, charakterisiert er in Polemik mit falschen Auffassungen und

den Bonner Lögen die erwähnten Bestimmungen als „Garantien gegen einen Mißbrauch der deutschen Souveränität durch den deutschen Militarismus, deren politische Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit auch aus den geschichtlichen Erfahrungen ergibt.“ (S. 28)



Europas Störenfriede am Pranger
Zeichnung: Böhneke

In derselben schlüssigen Art und Weise kommentiert Arzinger auch die dritte Seite des geschichtlichen Zusammenhanges zwischen Frieden, nationaler Selbstbestimmung und Demokratie: die Gewährleistung der Demokratie in Deutschland durch den Friedensvertrag entsprechend dem sowjetischen Entwurf als Mittel zur Sicherung des Friedens. Der Autor behandelt hier besonders die Bestimmungen über die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen sowie über politische Parteien und andere Organisationen (Artikel 14 bis 18) und führt den Leser zu dem Schluß, daß keineswegs – wie Adenauer verlören behauptet – Deutschland auf Jahre hinaus

ausländischer Aufsicht unterworfen werden soll, sondern in Wirklichkeit „der deutsche Militarismus tatsächlich für immer unter Aufsicht“ gestellt wird: „Unter die Aufsicht und Kontrolle des deutschen Volkes selbst.“ (S. 33)

Wirksame Unterstützung grundlegender politischer Agitation

Wie dieser Teil, so zeichnet sich auch jede andere Stelle von Arzingers Schrift über „Grundlagen, Prinzipien und Bedeutung des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrages mit Deutschland“ dadurch aus, daß sie von konsequenter Parteilichkeit durchdrungen ist. Des Verfassers Darstellungen entsprechen stets der Einheit von juristischer und politischer Problematik, wie sie im Leben existiert. Besonders hervorzuheben wären in dieser Beziehung noch die Ausführungen über die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes in ihrer Bedeutung für den Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und demokratischer Staat (S. 4) bis 49) und die Charakterisierung der heutigen Kampfbedingungen und der Hauptmerkmale der gegenwärtigen Kampfphase im Ringen um den Friedensvertrag (S. 16 bis 21 und S. 27 bis 61).

Ein weiterer Vorzug der Schrift, der sie für die Verwendung in der Agitationsarbeit besonders geeignet macht, besteht darin, daß sie exakt und zugleich frei von überflüssigem Beiwerk (langen Annotierungen usw.) ist, das den Leser verwirren, von den Hauptgedanken ablenken würde.

Man kann den Angehörigen unserer Universität – und nicht allein ihnen – nur empfehlen, in der politischen Arbeit zum Brief des Zentralkomitees der SED an die SPD, im Kampf um einen gemeinsamen deutschen Standpunkt zur Genfer Außenministerkonferenz vom 11. Mai 1959 recht oft die instruktive Schrift Prof. Arzingers zur Hand nehmen.

Klaus Höpcke



Blick in die Tagung: Als erster Redner ergriff Genosse Professor Dr. Schleifstein das Wort (links). Im Präsidium hatten Wissenschaftler und Funktionäre der Universität, u. a. Genosse Handel, Stellvertretender Sekretär der UPL (Z. u. r.), und Professor Dr. Wolf (4. v. r.), Platz genommen.

Die Dialektik zwischen Einheit und Unvergleichlichkeit: verstand Genosse Schleifstein vorzüglich an der Rolle des sozialistischen Verteilungsprinzips klarzumachen. Im Verteilung nach Leistung schließt mit Wichtigkeit die objektive Gültigkeit der materiellen Interessen ab. Dieses ist keine Art Hilfsmittel, das den „Mittelmaßes“ Rechnung trägt, sondern Motor der Weiterentwicklung zu höheren Formen, die letztlich wieder abhängen vom Stand der Produktion.

Auch kam der historisch-konkrete Gleichheitsbegriff des Marxismus – entgegen der allzu bürgerlichen Gleichheitsphantasie und Gerechtigkeitsutopien zur Veranschaulichung – sehr anschaulich zur Geltung. Abhängig von den gegebenen Produktionsbedingungen kann es einfach keine andere Gleichheit in der Konsumtion geben als die des gleichen Lohns für gleiche Arbeitsleistung. Jedem bedeutsamen Bemerkung des Genossen Ulrich auf S. 4. Plenum über die gegenwärtige Bewusstheit von materieller Interessenheit und sozialistischer Arbeitsmoral finden sich diesen Erläuterungen eine gute Interpretation von praktischer Bedeutung. Auch die Ausführungen von Genossen Prof. Dr. Wolf (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät) zum zweiten Thema werten neue Gesichtspunkte in ihrer praktischen Bedeutung auf. Das Wesen der gesellschaftlichen Eigentumsfrage vertrat Genosse Wolf mit einer kurzen, sehr klaren Geschichte dieses Problems in der DDR auszudrücken. Nicht der Abbau, die „Aushöhlung“ des gesellschaftlichen Eigentums kann zu seiner Aufhebung in die höhere Qualität des Volkseigentums führen, sondern nur umgekehrt: die Festigung als gesellschaftliches Eigentum. Dies muß sich also auch und gerade auf das Zentrum an den modernen Produktionsinstrumenten erstrecken, nicht aber diese ausschließen. Genosse Wolf hat nicht stöbernd über diese theoretischen Erwägungen, sondern gelte ihren Kern – die Existenz des aggressiven,

Der Kampf um den Friedensvertrag ist im Willen Ganze. Das ist kein Advokatenstück im Feind und Paragrafen; hier stehen sich vielmehr die politischen Hauptkräfte unserer Nation mit ihren Konzepten gegenüber. In dieser Situation besteht die dringende Pflicht der gesellschaftswissenschaftlichen unserer Republik darin, die Konzeption des friedliebenden Volkes des deutschen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse durchsetzen zu können, indem sie die Wahrheit über den sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages verbreiten.

Genosse Prof. Dr. Rudolf Arzinger, Direktor des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften der Juristenfakultät unserer Universität, wurde mit seiner kürzlich vom Verlag Berlin, als Broschüre herausgegebenen Schrift „Warum Friedensvertrag?“ dieser Pflicht in vorbildlicher Weise gerecht. Seine Darlegungen sind von ersten bis zur letzten Zeile von der überzeugenden Rolle durchdrungen, die der sowjetische Entwurf und seine Realisierung als Waffe im Kampf um die Bändigung des deutschen Militarismus zu spielen berufen sind.

Souveränität für das deutsche Volk

Sonderbar prägnant kommt das in den Argumentationen des Verfassers zur Geltung: die volle Souveränität des deutschen Volkes durch den von der Sowjetregierung entworfenen Friedensvertrag zum Ausdruck. An den Artikeln 3, 4, 5, 7, 23 und 29 des sowjetischen Vertragsentwurfs wird zu zeigen, wie die in Westdeutschland als Grund der Pariser Verträge wirksamen Beschränkungen der Souveränität beseitigt und wie die Selbstbestimmung, die internationale Gleichberechtigung (einschließlich Aufnahme in die UN), die Entwicklung der Friedenswirtschaft und das Aufblühen des Handels des deutschen Volkes gesichert werden können.